Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 173. Mittwoch den 22. Juni 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Verpachtung eines Werk- und Lagerplatzes.

Das zeither an Herrn Zimmermeister Georg verpachtet gewesene, dem Georgenhause und zu der **Parcelle Nr. 2112 der Stadtflur** gehörige, zwischen der **äußeren Auen- und der Fregestraße** an der Grenze des Grundstücks der Großen Funkenburg gelegene, die **Bauplätze Nr. 19, 25** und **26** des Waldstraßen-Parcellirungsplanes begreifende **Areal** von ca. **8700 Q. — 2790 □M.** Flächengehalt **soll zur Benutzung als Werk- oder Lagerplatz vom 1. Juli dss. Js. an** gegen **einhalbjährliche Kündigung**

Montag den 27. dss. Mon. Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 16, an den Meistbietenden **anderweit verpachtet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale können die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen, sowie der Situationsplan schon vor dem Termine eingesehen werden.

Leipzig, am 16. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Nachdem die verloren gegangenen Sparcassenbücher Serie I, Nr. 82,688, Serie II, Nr. 17,826 und 37,059, als auch die gleichfalls verloren gegangenen Interimsscheine der Filiale II über die Sparcassenbücher Serie II, Nr. 44,048 und 47,509 in Folge der auf Grund von §. 10 der Leipziger Sparcassen-Ordnung erlassenen Bekanntmachungen nicht eingeliefert worden sind, so werden die bezeichneten Bücher sowohl, als auch die Interimsscheine hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, den 20. Juni 1881.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbuches Serie I, No. 52,903 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 25. September d. J. zur Nachweisung seines Rechtes bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Belohnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem Anzeiger der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, den 20. Juni 1881.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Sonnabend den 25. Juni c. sollen in den Räumen des hiesigen Proviant-Amtes — Schloß Pleißenburg —

1 Partie Roggenkleie und Kehrmehl

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung **versteigert** werden.

Leipzig, am 19. Juni 1881.

Königliches Proviant-Amt.
Dittrich. Schwabe.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 22. Juni.

„Der grollende Kanzler" oder „Reibungen und kein Ende", so könnte man, wenn es auf einen Namen ankäme, die seltsame Bewegung nennen, welche jetzt das ohnehin so lose Gefüge unserer höchsten Reichsämter bis in die Fundamente wankend werden läßt. Es steht mit nichten so, daß der soeben vollzogene Abgang des Vicekanzlers Grafen Stolberg nur eine vereinzelte Thatsache ohne Bedeutung für die ganze Lage sei. Vielmehr schließt sich mit dem Rücktritt Desselben aufs Neue eines jener Capitel, an denen die Aera Bismarck so reich ist, und in welchen Selbstständigkeit der Gesinnung und vornehmes Aufsichberuhen mit einer überragenden Willenskraft in einen tragischen und aussichtslosen Kampf eintritt. Erst Arnim, dann Eulenburg, dann Stolberg, das ist die eine Reihenfolge, welche mit der bürgerlichen Serie Delbrück, Camphausen, Falk nur äußerliche Momente gemein hat. Bei den Letzteren war doch unleugbar ein principieller politischer Gegensatz zu dem leitenden Staatsmann in die Erscheinung getreten, und die Lösung der Conflicte war natürlich, weil geboten. Bei ihren aristokratischen Collegen aber (und Das ist das Befremdliche und eigentlich Niederschlagende) ist an der Gleichartigkeit ihrer politischen Grundanschauungen mit denen des Fürsten Bismarck kaum zu zweifeln, und der Kampf bewegt sich auf jenem merkwürdigen Gebiete persönlicher Reibungen und Verstimmungen, wo es für den Außenstehenden schwer ist zu sagen, wer Recht hat, und wo die unangenehme Empfindung überwiegt, daß derartige Reibungen überhaupt nicht in die Begriffe und das Wesen eines gesunden Staatslebens passen. Graf Stolberg stand den Geschäften seit Monaten so vollständig fern, daß er von den neuesten Vorgängen immer erst dann erfuhr, wenn sie bereits zur Thatsache geworden, oder gar, wenn sie es schon gewesen waren. Mit dem Sturze des Grafen Eulenburg war auch der seinige besiegelt. „Beschäftigt" wurde der gefallene Graf seitdem nur noch zwei Mal: er hatte die Thronrede zur Eröffnung des Reichstags und die königliche Botschaft zum Schlusse des Landtags zu verlesen. In solchen Acten trat er als grand-seigneur auf, vernehm, aber „kühl bis ans Herz hinan". Was von dem Staatsmann Stolberg noch zu erwarten ist, weiß Niemand. In dieser Hinsicht war und blieb seine Amtsführung ein weißes Blatt, auf dem nur persönliche Verbitterungen verzeichnet wurden.

In der am 18. d. M. unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Bötticher abgehaltenen Sitzung des Bundesraths erfolgten auf Grund bezüglicher Schreiben des Präsidenten des Reichstags zunächst Mittheilungen über die Beschlüsse des letzteren zu den Gesetzentwürfen betreffend a) die Abänderung des Zolltarifs; b) die Erhebung von Reichsstempelabgaben; c) die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für 1881/82, sowie von der Genehmigung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn vom 23. Mai d. J., des an demselben Tage unterzeichneten Handelsvertrags mit der Schweiz und der im Anschluß hieran getroffenen Verabredung in Betreff des gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst von demselben Tage, und endlich der mit Rumänien am 14. November 1877 abgeschlossenen Handelsconvention. Bezüglich der Verträge soll die Ratification und bezüglich des Nachtrags-Etatsgesetzes, sowie der Gesetze wegen Abänderung des Zolltarifs die Allerhöchste Vollziehung herbeigeführt werden, wozegen rücksichtlich des Stempelgesetzentwurfs die Beschlußnahme für eine der nächsten Sitzungen vorbehalten blieb. — Eine Präsidialvorlage wegen anderweiter Normirung der Creditfristen für die Rübenzuckersteuer wurde dem zuständigen Ausschusse zugetheilt. Demnächst wurde, dem Gutachten des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen entsprechend, beschlossen, dem Hauptzollamte zu Heilbronn, sowie den Zollstellen in Schirneck und Wesserling die Befugniß zur Abfertigung von Leinen- und Baumwollengarn und Leinenwaaren zu anderen als den höchsten Zollsätzen beizulegen, eine auf die gleiche Ermächtigung des Hauptsteueramts Eibing gerichtete Eingabe aber dem königlich preußischen Finanzminister zu überweisen. — Einer ferneren Eingabe, betreffend die Zollbehandlung von Spielzeug aus Thierbälgen, über welche derselbe Ausschuß berichtete, soll eine Folge nicht gegeben werden.

Die im Reichstag vorgenommene Umwandlung der Stempelsteuervorlage giebt den Blättern der Conservativen und des Centrums andauernd Stoff zu heftigen Klagen und übelwollenden Verdächtigungen gegen die Liberalen und Freiconservativen, welche dies Ergebniß zu Stande gebracht haben. Das Gesetz ist in einer Gestalt fertig geworden, in welcher es die Börsen- und Geldgeschäfte sehr ansehnlich belastet, dabei aber doch diese in unserm wirthschaftlichen Leben ganz unentbehrlichen Geschäfte vor unerträglichen Belästigungen schützt. Und zwar sind es gerade die soliden und moralisch und wirthschaftlich unanfechtbaren Geschäfte, die durch Ablehnung der conservativen Anträge in ihrem Fortbestand geschützt wurden. Die unsoliden Spiel- und Speculationsgeschäfte hätten unter einem Gesetz nach conservativem Zuschnitt hundert Mittel und Wege der Umgehung gefunden. Wenn man das gesammte Geschäft der Börse nicht nur in seinen Auswüchsen und Entartungen, sondern auch in seinen solidesten und legitimsten Erscheinungsformen durch Belästigungen und Chicanen tödten wollte, so mußte allerdings der von den Conservativen eingeschlagene Weg betreten werden. Die stets zugestandene Unbilligkeit in der Belastung des mobilen Werthumsatzes im Vergleich zum immobilen ist durch die Mitwirkung der Liberalen, mit Ausnahme der Fortschrittspartei, jetzt ausgeglichen worden, und man wird nicht fehl gehen, wenn man in den seitens der Conservativen erhobenen Anklagen zum Theil den Aerger erblickt, daß ihnen ein so volksthümliches Agitationsmittel entrissen worden ist. Die Thatsache, daß die Conservativen ein Steuergesetz, das zehn bis zwölf Millionen aus Geschäften einbringt, die in den Augen dieser Partei dem Volkswohl schädlich, jedenfalls aber unbillig niedrig besteuert waren, ablehnten, ist einer der bezeichnendsten Beweise des hochgestiegenen Parteifanatismus, dem es kaum mehr um die Sache, sondern nur noch um die politische Agitation zu thun ist.

Charakteristisch für die schwankende Lage ist es, daß auch der Name des Fürsten Clodwig von Hohenlohe, unseres Botschafters in Paris, in die auftauchenden Candidatenfragen gezogen wird. Aus dem Umstande, daß die Generalstellvertretung des Kanzlers durch Herrn v. Bötticher nur für die Dauer des Urlaubs des Ersteren, also mit bestimmter Frist, erfolgt ist, will man nämlich schließen, daß über die definitive Besetzung der Vicekanzlerstelle die Bestimmung noch vorbehalten geblieben ist, und zwar auf die Entschließung des Kaisers hin. Fürst Hohenlohe als Nachfolger des Grafen Stolberg, diese Combination würde an manchen hochgestellten Orten ungleich genehmer sein als diejenige, welche sich an den Namen des Staatssecretairs v. Bötticher knüpft. Doch wird in Kreisen, die dem Fürsten nahe stehen, entschieden bezweifelt, daß er sich geneigt zeigen würde, das dornenvolle Amt des Vicekanzlers zu übernehmen. Man weiß, daß er schon einmal, im vergangenen Sommer, in der Lage war, eine entsprechende Anfrage ablehnend zu beantworten.

Die Reorganisation des preußischen Staatsministeriums ist also jetzt vollzogen. Es war schon in den letzten Wochen kein Geheimniß mehr, wie die Entschlüsse ausgefallen, und Ueberraschung kann daher nirgends herrschen. Daß in einem der beiden neubesetzten Ministerien eine gegen die bisherige grundsätzlich veränderte Politik befolgt werden wird, daß ganz neue Ziele aufgestellt und ganz neue Wege eingeschlagen werden, wird man einstweilen nicht anzunehmen brauchen. Immerhin aber hat der conservative Charakter der Regierung durch die neuen Ernennungen unzweifelhaft eine Verstärkung und schärfere Ausprägung erfahren. Herr von Goßler ist noch um eine Kleinigkeit conservativer als Herr von Puttkamer und der Letztere conservativer als Graf Eulenburg. Weiteres zur Charakteristik der Erneuerung im Staatsministerium läßt sich zur Zeit nicht sagen. Man wird die Landtagssession abwarten müssen, um das bestimmte Programm der neuen Minister beurtheilen zu können. Die weitverbreitete Besorgniß, daß bereits bei den Wahlen eine stark hervortretende Thätigkeit des neuen Ministers des Innern sich zeigen werde, braucht man einstweilen nicht zu theilen. In welchem Geist und Tempo Herr von Puttkamer die Fortführung der Verwaltungsreform anzugreifen und Herr von Goßler die Arbeit der Verständigung mit der römischen Curie und dem Ultramontanismus wieder aufzunehmen gedenkt, darüber wird erst Klarheit verbreitet werden, wenn die gesetzgeberischen Arbeiten wieder beginnen. Es wäre voreilig, wenn man die Haltung der Parteien gegenüber einem Ministerium, dessen Ziele einstweilen noch sehr dunkel sind, jetzt schon endgiltig festzustellen versuchen wollte.

Herr von Goßler wird ohne Zweifel dafür sorgen, daß ihm im Cultusministerium ein Unterstaatssecretair zur Seite gestellt werde, von dem er überzeugt sein kann, daß er dieselbe Bahn verfolgt wie sein Vorgesetzter und wie vor ihm es Herr v. Puttkamer gethan. Die Candidaten, deren Namen heute genannt werden, Herr Lucanus, Herr de la Croix und vor Allem Herr v. Schlieckmann in Gumbinnen, entsprechen Jeder den an sie zu stellenden Anforderungen in einem Grade, daß der neue Cultusminister wohl über die Qual der Wahl seufzen mag. Die meisten Aussichten für den wichtigen Posten hat immer noch der Regierungspräsident v. Schlieckmann. Uebrigens ist Herr v. Goßler für preußische Verhältnisse recht früh, mit kaum 43 Jahren, zur Ministerwürde gelangt. Auch Das ist nur selten in Preußen vorgekommen, daß man einen Minister gehabt hätte, dessen Vater sich noch voller Rüstigkeit erfreut und eine der höchsten Beamtenstellen im Staate bekleidet. Der alte Oberlandesgerichtspräsident und Kanzler v. Goßler ist kaum 71 Jahre alt.

In der bestimmt auftretenden Nachricht, daß Herr v. Wolff das Oberpräsidium der Provinz Sachsen übernehmen werde, will man an unterrichteter Stelle einen Anhalt dafür finden, daß die Stellung des Oberpräsidenten von Brandenburg, Herrn Dr. Achenbach, sich erneut gefestigt hätte. Auch wird auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die es haben würde, wenn der Letztere in die Stelle des Herrn v. Kühlwetter in Münster einrücken sollte. Noch weniger als Dieser dürfte Herr Achenbach geneigt sein, zum willigen Werkzeug eines reunfreundlichen Cultusministers zu werden. Was die Ersetzung des Herrn v. Wolff anlangt, so bestätigt sich, daß der Geh. Rath Tiedemann nach wie vor für das Regierungspräsidium in Trier in Aussicht genommen ist. Doch stellen sich die Schwierigkeiten, einen Nachfolger in der Leitung der Reichskanzlei ausfindig zu machen, als so große heraus, daß diese Personenfrage bis zum Herbst als vertagt anzusehen sein dürfte. Ein Gerücht, nach welchem die somit nothwendig werdende Vacanz in Anbetracht des Urlaubs, welchen Fürst Bismarck genommen, nicht in das Trierer Regierungspräsidium, sondern in die Chefstelle der Reichskanzlei selber verlegt werden soll, wird als unzutreffend bezeichnet.

Die Augsburger „Postzeitung" veröffentlicht eine Antwort des Reichskanzlers auf ein ihm von der Großwaldstadter Bauernversammlung (Unterfranken) zugesandtes, seiner Wirthschaftspolitik zustimmendes Telegramm. In der Antwort, die an Peter Odenwald in Großwaldstadt gerichtet ist, heißt es: Für die telegraphische Zustimmung namens des unterfränkischen Bauerncomités sage ich meinen verbindlichsten Dank. Die Durchführung unseres gemeinsamen wirthschaftlichen Programms hängt wesentlich von der Unterstützung ab, welche die landwirthschaftliche Bevölkerung demselben gewährt. Die letztere bildet an sich die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands. Sie ist stark genug, um auf dem Wege des Gesetzes ihre und des ganzen Volkes Interessen sicherzustellen, wenn sie bei den Wahlen in sich und mit den Vertretern der anderen productiven Gewerbe und Industrien in dem Bestreben zusammenhält, nur solche Vertreter zu wählen, welche entschlossen sind, die deutsche Arbeit und die deutsche Production zu schützen, zu fördern und durch Verminderung der directen Staats- und Gemeindelasten zu erleichtern.

Von den beiden Söhnen des Reichskanzlers will sich gutem Vernehmen nach nur der eine, Graf Wilhelm, an den Wahlen für den Reichstag betheiligen, indessen bestreiten die Conservativen in Berlin ganz entschieden, daß sie ihn in einem ihrer Wahlkreise, die bereits sämmtlich vergeben sind, als Candidaten aufstellen würden. Das „jüngste" Mitglied des Reichstages wird denn also voraussichtlich auf die Stimmen der Langensalzaer Conservativen angewiesen sein. Was den älteren Sohn des Kanzlers, den Grafen Herbert Bismarck, betrifft, so heißt es, daß er nunmehr die Genehmigung seiner Eltern erhalten habe, die Fürstin Carolath zu heirathen. Es wäre in diesem Fall nicht ausgeschlossen, daß er für einige Jahre einen diplomatischen Posten jenseits des Oceans, vielleicht in Washington, übertragen erhielte.

Zum Beweise, wie die Fortschrittspartei die Einigung im liberalen Lager zu fördern sucht, citiren wir die folgenden Auslassungen eines weitverbreiteten Berliner Fortschrittsblattes aus einem mit groben Schmähungen gegen die Nationalliberalen angefüllten Artikel: „Wenn der Schlachtruf ertönt, alle nationalen und liberalen Elemente müßten sich sammeln und die Fortschrittspartei müßte alle diejenigen Bestrebungen fördern, welche auf eine Einigung der Liberalen gerichtet seien, so werden die wahrhaft freisinnigen Wähler auf einen solchen Köder nicht anbeißen. Zwischen Virchow und Richter einerseits und Bennigsen und Forckenbeck andererseits giebt es schlechterdings keine politische Gemeinschaft, es sei denn, daß diese Herren und die von ihnen geleiteten Nationalliberalen und Secessionisten das Programm der Fortschrittspartei vom 6. Juni 1861 annehmen, an welchem Virchow und Schulze-Delitzsch bis heute unentwegt festhielten, während Herr v. Forckenbeck, einer der Unterzeichner desselben, auf den Schanzen der Secessionisten kämpft." Hier ist es einmal klar ausgesprochen, was die Fortschrittspartei sich unter der großen liberalen Partei denkt; andere Preßorgane und Politiker dieser Richtung denken ohne Zweifel Dasselbe, wenn sie es auch so unverblümt und plump nicht aussprechen.

Nachrichten vom Rheine lassen keinen Zweifel darüber, daß man dort in den katholischen Wählermassen die antisemitische Agitation des klerikalen Landtagsabgeordneten Cremer in den Berliner conservativen Versammlungen entschieden mißbilligt und demnächst an Herrn Cremer das bestimmte Ersuchen stellen wird, er möge sein Mandat für den Wahlkreis Köln-Bergheim-Euskirchen niederlegen. Von einer Wiederwahl wird schwerlich jemals die Rede sein.

Man schreibt uns aus Wien vom 19. d. M.: Daß unsere officiösen Journale nicht selten ganz eigenthümliche Anschauungen vertreten, hat sich erst jüngst gelegentlich des Todes des Generals Uchatius und der damit verknüpften Geschützfrage ziemlich drastisch geoffenbart, aber heute erhalten wir einen noch viel stärkeren officiösen Tabak. Derselbe wird uns abermals von der alten „Presse" vorgeraucht, welche gar nicht zufrieden ist, daß die Züricher Cantons-Regierung den socialdemokratischen Congreß verboten hat. Nachdem das genannte Blatt die Gründe angeführt, welche die Züricher Regierung zu dem Verbote veranlaßt, läßt es sich wörtlich also vernehmen:

Der Züricher Regierungsrath ist bei seiner Entscheidung weit über die Grenzen seiner Competenz hinausgegangen. Er hatte nur zu prüfen, ob der Congreß mit der Verfassung und der Ruhe und Ordnung im Canton verembar sei. Die Prüfung der Frage der Staatsgefährlichkeit war Sache des Bundesrathes, von dem man aber im Voraus wußte, daß er gegen die Abhaltung des Congresses absolut Nichts einzuwenden hatte. (?) Was der Züricher Regierungsrath von der revolutionairen Tendenz vorbringt, das läßt sich ernstlich nicht aufrecht halten (?!) Die Socialdemokraten lieben es, den Boden der Praxis mit dem des Ideals zu vertauschen und über ideale Dinge zu debattiren; sie sprechen auch nur von dem Falle einer „allgemeinen" Revolution, von einer auf irgend eine Weise herbeigeführten socialistischen Herrschaft. Das charakterisirt die Eisenacher Partei noch keineswegs als eine revolutionaire und eben so wenig die Streichung des Wortes „gesetzlich" aus ihrem Programm. (??) Der einzig stichhaltige Moment in den Motiven des Züricher Regierungsrathes ist die Furcht vor Ruhestörungen. Dieser aber hätte sich höchst wirksam durch eine beruhigende Erklärung des Regierungsrathes im Anschluß an die Auslassungen der liberalen und demokratischen Presse erzielen lassen.

In der That eine recht heitere officiöse Anschauung! Vielleicht wird diese aber einigermaßen durch die hier verbreitete Behauptung erklärlich, daß der Verfasser des angeführten Artikels ein Schweizer sei, der seiner Zeit selbst ein socialdemokratischer Genosse gewesen, aber aus verschiedenen „Zweckmäßigkeitsgründen" schon seit Jahren sein Grütlilicht in der officiösen alten „Presse" leuchten läßt.

Man schreibt uns aus Pest vom 18 d.: Es ist wirklich auffällig und läßt manchen Vermuthungen Raum, daß die hiesigen Journale, selbst die hochofficiösen, sich viel mit militairischen Dingen und Armee-Angelegenheiten zu schaffen machen, denen jene aber niemals ein Wort der Anerkennung oder Sympathie abzugewinnen vermögen. Nun bringt heute auch der officiöse „Pester Lloyd" einen langen, höchst eigenthümlichen Artikel über die Gründe, welche die Ernennung des FML. v. Beck, bisher General-Adjutant des Kaisers, zum Chef des Generalstabes veranlaßt hätten. Nachdem der „Pester Lloyd" auf die frühere Stellung Beck's als Vorstand der Militair-Kanzlei des Kaisers zurückgekommen, schildert das Blatt den Einfluß, den der General „nicht allein in militairischen Dingen" besessen, als geradezu maßgebend. Was speciell das militairische Ressort betrifft, sollen von dort Befehle und Anordnungen ausgegangen sein, welche der einheitlichen Leitung und Führung der Armee, zumal im Kriege, keineswegs förderlich gewesen. Der „P. Lloyd" behauptet unter Anderm sogar, daß „während des Feldzuges in Bosnien die wichtigsten Operationsangelegenheiten direct von der Militair-Kanzlei ausgegangen und selbst Divisions- und Brigade-Commandeure, die doch ihre Befehle vom Armee-Commando in Serajewo zu erhalten hatten, von der Militair-Kanzlei abhängig gewesen, was selbstverständlich auf den Fortgang der Operationen und ihr Zusammenwirken keinen günstigen Einfluß geübt hätte." Mit einem Worte, der ganze Artikel des „P. Lloyd" liefert wieder ein neues Enthüllungscapitel über heikle militairische Angelegenheiten, die, wie gesagt, das bevorzugte Thema der hiesigen Tagespresse geworden sind.

Wir haben unlängst gemeldet, daß demnächst in Rom von dem früheren italienischen Kriegsminister, General Mezzacapo, eine Broschüre über die Verhältnisse der italienischen Armee erscheinen wird. Wie man nun gegenwärtig aus Rom schreibt, ist dort vor einigen Tagen das Erscheinen jener Schrift bereits durch große Placate an den Straßenecken angekündigt worden, was die Spannung des Publicums, zumal der militairischen Kreise, noch vermehrte. Die Broschüre sollte den Titel „Armi e politica" führen, ist aber bis jetzt nicht ausgegeben worden. Auf Nachfragen bezüglich des Zeitpunctes ihres Erscheinens hat man geantwortet, daß letzteres sich noch verzögern werde, weil der Verfasser mehrere Correcturen vorzunehmen habe. Es fehlt aber auch nicht an Stimmen, welche behaupten, General Mezzacapo habe von der Regierung, ja selbst vom Könige Winke erhalten, nach denen überhaupt die Veröffentlichung der Schrift aufgegeben worden.

Die aus Marseille eintreffenden Meldungen über blutige Schlägereien zwischen Franzosen und Italienern werfen auf die internationalen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten eigenthümliche Schlaglichter. Fast gewinnt es den Anschein, als ob die Franzosen, die sich in Tunis bei der geplanten „Züchtigung der Kroumirs" nur spärliche Lorbern zu holen vermochten und die bei der Unterdrückung des Aufstandes in Algerien gleichfalls wenig Glück haben, der wehrlosen italienischen Colonie in Marseille gegenüber ihren Mißmuth bethätigen wollen. Diese Vorgänge haben aber bereits derartigen Umfang angenommen, daß ernsthafte Verwickelungen zu befürchten sind.

In der Pariser Deputirtenkammer erwiderte am Montag auf eine Anfrage des Deputirten für Marseille, Bouchet, bezüglich der jüngsten Vorgänge in Marseille, der Minister des Innern, Constans, der Präfect von Marseille habe die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, um eine Wiederholung der Ruhestörungen vorzubeugen. Was die Sache selbst angehe, so seien am 19. französische Arbeiter von italienischen Arbeitern angegriffen worden; Dies habe zu Streitigkeiten geführt, in Folge deren 4 Personen getödtet und 15 verwundet wurden. Weiter seien keine Nachrichten über neue Ruhestörungen eingegangen. — Der Deputirte für Besançon, Viette, ersuchte den Minister, energische Maßregeln zu treffen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit in gewissen Eisenbahnwerkstätten des Departements Doubs, wo von italienischen Arbeitern Streitigkeiten hervorgerufen und sogar Morde begangen worden seien. Viette motivirte sein Ersuchen mit der Mittheilung, daß soeben dort ein neuer Mord begangen sei. Der Minister Constans erklärte, er habe geeignete Maßregeln angeordnet, welche voraussichtlich genügen und ihm die Nothwendigkeit, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen, ersparen würden. Der Zwischenfall war damit erledigt.

In Lissabon ist es bei der Fronleichnamsprocession zu blutigen Excessen gekommen. Nach der „Daily News" wurden, als der König und sein Gefolge vorüberzogen, Rufe: „Es lebe die Republik!" laut. Dadurch entstand ein Tumult, die aufgeregte Menge konnte nur durch Aufgebot von Truppen, welche mit aufgepflanztem Bajonet vorgingen, zur Ordnung gebracht werden. Nach einer anderen Version sei die Kundgebung nicht gegen den König, sondern gegen die Geistlichkeit gerichtet gewesen. Viele Priester und Mönche seien geflüchtet, in Folge dessen die Procession ins Stocken gerathen sei.

Aus Spanien brachten wir die Meldung von einer bevorstehenden carlistischen Erhebung. Vor einigen Wochen hat an der französischen Grenze eine Zusammenkunft von hervorragenden Carlisten stattgefunden, welche die Lage Spaniens wieder einmal für geeignet hielten, um die Ansprüche des Herzogs von Madrid auf den Thron Alfons' XII. mit Waffengewalt zum Ausdruck zu bringen. Diese carlistischen Verschwörungen sind das Verhängniß Spaniens; so oft sich das Land von den Folgen des Bürgerkrieges zu erholen beginnt, erscheint auch Don Carlos mit seinen heutegierigen Abenteurern, um die kaum vernarbten Wunden wieder aufzureißen. Hoffentlich ist die Regierung des Königs Alfons stark genug, um die carlistischen Aufstandsversuche im Keime zu ersticken.

Ein Londoner Correspondent schreibt der „Allg. Ztg.": Man ist sich jetzt hier klar darüber, daß die St. Petersburger Regierung alle früheren, auf Mittelasien bezüglichen Zusagen in den Papierkorb geworfen hat. Der Bruch des vom Grafen Schuwaloff der Königin Victoria im Namen des Kaisers Alexander II. in Sachen Chiwas übermittelten „Ehrenwortes" erregte seinerzeit eine Entrüstung, die heute fast als liebenswürdige Einfalt erscheint. Etwas gewitzigter war man schon, als die Stolietoff'sche Botschaft in das „außerhalb des russischen Wirkungskreises zu lassende" Afghanistan einsprang. Was gegenwärtig zwischen der Regierung Alexander's III. und den Abgesandten der Turkmenen